



## Das sind DIE LINKEN in der Gemeindevertretung

Zuerst unsere Neue: Frau Annelore Hofmann (60), Diplom-Mathematikerin, wurde als parteilose Kandidatin zum ersten Mal auf unserer Liste in die Gemeindevertretung gewählt. Vielen ist sie gewiss noch bekannt als Behindertenbeauftragte von Petershagen/Eggersdorf. Sie vertritt unsere Fraktion im Finanz-, Vergabe- und Kontrollausschuss. Außerdem ist sie stellvertretendes Mitglied im Ausschuss für Bildung, Kultur, Soziales und Sport.

Für Kontinuität in unserer Fraktion steht Thomas Kraatz (50). Seit 2003 gehört er der Gemeindevertretung an. Als Baufachmann kümmert er sich wie in den letzten Jahren wieder im Ortsentwicklungsausschuss vor allem um den Straßenausbau und er ist stellvertretendes Mitglied im Bau- und Umweltausschuss.

Gunnar Wiench (42), EDV-Berater, seit 2010 im Gemeindeparlament, vertritt DIE LINKEN als Vorsitzender des Bau- und Umweltausschusses. Er ist stellvertretendes Mitglied des Hauptausschusses und des Ortsentwicklungsausschusses.

Nachdem Peter Krischker sein Mandat wegen Wohnortwechsels nicht angetreten hat, bin ich, Klaus Körner (67), Jurist, in die Gemeindevertretung nachgerückt. Die Fraktion wählte mich zu ihrem Vorsitzenden. Es ist meine Aufgabe, die Politik der LINKEN im Hauptausschuss zu vertreten sowie den Bürgermeister und die Verwaltung zu kontrollieren. Im Ausschuss für Bildung, Kultur, Soziales und Sport kommt es mir vor allem darauf an, dass die sozialen Belange der Bürger von Petershagen/Eggersdorf angesichts der künftigen großen Investitionsaufgaben nicht zu kurz kommen. Darüber hinaus bin ich stellvertretendes Mitglied im Finanz-, Vergabe- und Kontrollausschuss.

Wir wünschen uns von unseren Mitbürgern, dass sie uns durch Fragen, Hinweise und Anregungen bei unserer ehrenamtlichen Arbeit für die Gemeinde unterstützen. Dafür stehen wir Ihnen gern zur Verfügung.

Klaus Körner, Fraktionsvorsitzender

## Kerstin Kaiser WEITER LINKS!

### auch für Petershagen/Eggersdorf

Fragen Sie sich, was Landespolitik in den letzten Jahren auch für das Petershagen/Eggersdorf bewirkte und was für Sie am 14. September zur Wahl steht?



Mit Rot-Rot in Brandenburg war ein klarer Kurswechsel in Richtung sozialer Politik und Stabilisierung der Kommunen verbunden. Als Fraktionsvorsitzende hatte ich wesentlichen Anteil am Zustandekommen des ersten Koalitionsvertrages zwischen der SPD und meiner Partei. Er trägt unsere Handschrift, die Handschrift einer sozialen Politik.

**Gesagt, getan:** Wir haben Kitas und Schulen besser mit Personal ausgestattet sowie das BAFÖG für Schülerinnen und Schüler eingeführt. Unter Rot-Rot wurden Bedingungen für Volksbegehren verbessert, das Wahlalter auf 16 Jahre gesenkt und Antirassismus in die Verfassung geschrieben. **Die Schuldenaufnahme im Landeshaushalt wurde beendet, allerdings nicht auf Kosten der Kommunen. Im Gegenteil: Landesweit wurden Ungerechtigkeiten beseitigt und die Kommunen nachhaltiger ausgestattet.** In diese Richtung sollte es weitergehen – weiter links!

Bilanz und Programm können Sie genauer prüfen unter [www.kerstin-kaiser.eu](http://www.kerstin-kaiser.eu).

Lassen Sie uns weiter darüber im Gespräch bleiben, wie wir leben wollen – mit uns und unseren Nachbarn in Polen und Berlin: Mehr Beteiligungsmöglichkeiten für alle, die in Branden-

burg zu Hause sind, wären sinnvoll, z. B. auch bei der Konzeption und Umsetzung von EU-Projekten. Mehr direkte Demokratie im Alltag gehört zu starken Städten und Gemeinden mit realen Gestaltungsspielräumen. Das sind Vorschläge der LINKEN.

Mit dem Programm „Arbeit für Brandenburg“ konnten in den letzten Jahren Stellen bei Kommunen und sozialen Trägern geschaffen werden.

Ein drängendes Problem entstand jedoch dadurch, dass der Bund bei aktiver Arbeitsmarktpolitik abrupt bremste. Zunächst halbierte er die Mittel dafür, jetzt lässt er auch noch die Bürgerarbeit auslaufen und schränkt den Bundesfreiwilligendienst ein. Hilfe z. B. für den Kinderbauernhof Mümmelmann wäre dann möglich, würde eine nächste rot-rote Landesregierung einem neuen arbeitsmarktpolitischen Programm mit Landesmitteln finanziell zum Start verhelfen, um für Langzeitarbeitslose einen Ausweg aus „Hartz IV“ zu finden und vor Ort gesellschaftlich notwendige Arbeit existenzsichernd bezahlen zu können. Aber ohne den Bund geht das nicht.

Daseinsvorsorge – das sind für mich Wohnen, Energie, Fürsorge und gesundheitliche Versorgung, umweltverträgliches Handeln, aber auch wohnortnahe Schulen mit kleineren Klassen, in denen Kinder lange gemeinsam lernen können.

Auf den Anfang kommt es an: Unsere Initiative war es, das Kita-Gesetz gleich im ersten Jahr der Legislatur zu novellieren. Der Betreuungsschlüssel für Kinder unter drei Jahren wurde von 1 Erzieherin für 7 Kinder auf 1:6 und für über Dreijährige von 1:12 auf 1:10 gesenkt. Parallel zum Kita-Gesetz hat die Koalition die Kita-Personalverordnung geändert, um die Zugangsmöglichkeiten für angehende Fachkräfte in den Kitas zu erweitern. **DIE LINKE will die Rahmenbedingungen für die frühkindliche Bildung weiter verbessern, den Personalschlüssel in der Kita bei den 1- bis 3-Jährigen auf 1 Erzieher/in auf 5 Kinder, bei den 3- bis 6-Jährigen auf 1:11 (statt bisher 12).** Kita-LeiterInnen muss überall im Land mehr Zeit für pädagogische Arbeit gewährt werden, wie es in Petershagen/Eggersdorf Praxis ist. Dazu sind Ausbildung und Einstellung von 1.500

Erzieherinnen und Erziehern zu gewährleisten. Das Kita-Angebot muss bedarfsgerecht gestaltet werden, der örtlichen Situation entsprechend. Für Erzieherinnen und Erzieher sollen spezialisierte Bildungsangebote im Hochschulbereich geschaffen sowie alle Kitas Schritt für Schritt zu inklusiven Einrichtungen entwickelt werden.

Daseinsvorsorge und kommunale Dienste müssen für alle bezahlbar bleiben. Deshalb wurde der Privatisierungszwang abgeschafft. Kommunale Unternehmen können jetzt über die Grenzen des Gemeindegebietes hinaus tätig werden, wenn es der Bevölkerung nützt. In Strausberg zeigt sich am Erfolg der Stadtwerke, der Wohnungsbaugesellschaft und der Straßenbahn, dass dieser Weg richtig ist. Von einer Kooperation könnten Sie in Petershagen/Eggersdorf durchaus profitieren.

Investitionen wie am Bötze, in Schulen und Kitas waren richtig, kommunale Straßen wurden gebaut, aber die "berühmt-berüchtigte" Altlandsberger Chaussee (L 33) ist schon lange gefährlich für uns alle, für EinwohnerInnen und Gäste – ob zu Fuß, mit dem Fahrrad oder im Auto. **Hier muss das Land endlich seine Pflicht erfüllen. Dazu machen wir jetzt vor Ort und in Potsdam gemeinsam Druck.**

Gerne würde ich begonnene Projekte fortsetzen, weiter Politik im Land und vor Ort mit gestalten. Für Ihr Vertrauen und die gute Zusammenarbeit bis hierher bedanke ich mich sehr, vor allem auch bei den GemeindevertreterInnen und den PartnerInnen vor Ort. Mit meiner Erfahrung als Landtagsabgeordnete seit 1999 würde ich gern weiter mit Ihnen arbeiten und Ihre Ansprechpartnerin für alltägliche, politische und Verwaltungsfragen bleiben.

Kerstin Kaiser, MdL

## **Altlandsberger Chaussee L33 - AUSBAU JETZT!**

Diese Forderung führte am 31. August bei strömendem Regen mehr als 50 Bürger zusammen, unter ihnen mehrere Gemeindevertreter, die öffentlich ihrem Unmut über den schon 20 Jahre verschleppten Ausbau der stark befahrenen Landesstraße Luft machen wollten. Gemeinsam dazu eingeladen hatten Bürgermeister Olaf Borchardt, der Vorsitzende der Volkssolidarität, Erwin Mattauch und Kerstin Kaiser, MdL. In weniger als einer Stunde wurden von Anliegern und Gemeindevertretern 40 Plakate angebracht, wohl wissend, dass der öffentliche Druck noch verstärkt werden muss, um endlich Erfolg zu haben.

Max-Ulrich Kühn

## **Alt werden und Pflege im Quartier Verantwortung der Kommunen für ältere Bürger**

Im Rahmen einer Pflegereform, die die Bundesregierung ab Januar 2015 einzuführen plant, will sie in Absprache mit den Bundesländern einen großen Teil der politischen Verantwortung für die Seniorinnen und Senioren an die Städte und Gemeinden abgeben. Dieses Vorhaben soll mit Fördermitteln des Bundes und der Länder, aber auch mit Mitteln der Pflegeversicherung umgesetzt werden. Denn die Daseinsvorsorge von Kommunen hat ein ausreichendes Angebot an altersgerechtem Wohnraum, an ambulanten sozialen Betreuungs- und Pflegediensten und an gesundheitlicher Versorgung zu umfassen. Dabei geht es nicht darum, dass die öffentliche Hand dies alles selbst aus ihren kommunalen Haushalten schultert. Sie soll verpflichtet werden, Einrichtungen, Dienste und Vereine, sowie Projekte und Initiativen zu fördern und zu unterstützen, um ihren Bürgern das Älterwerden und Pflege vor Ort zu ermöglichen.

DIE LINKE in unserer Gemeinde bemüht sich schon jahrelang um eine nachhaltige Seniorenpolitik. Unsere Fraktion hat im Mai in Zusammenarbeit mit dem Seniorenbeauftragten einen Beschluss zur Seniorenpolitik eingebracht. In diesem Beschluss wird u. a. die Gemeindeverwaltung aufgefordert, **Projekte des Seniorenwohnens zu unterstützen und zu fördern.** Weil unsere Erfahrungen mit privaten Investoren in mehr als 10 Jahren negativ waren und deren Bauvorhaben bislang zu keinem vorzeigbaren Ergebnis führten, haben wir in dem Beschlussantrag vorgeschlagen, dass unsere Kommune oder eine kommunale Wohnungsbaugesellschaft der Nachbargemeinden als Bauherr tätig wird.

Fraktionsmitglieder knüpften Kontakte zu Wohnungsbaugesellschaften und -genossenschaften beispielsweise nach Strausberg, Seelow und Rüdersdorf und ließen sich gelungene Projekte altersgerechten Wohnens erläutern. Dort schufen diese Unternehmen durch Um- oder Neubau verschiedenste Möglichkeiten des Wohnens für Senioren. Ein außergewöhnliches Beispiel für die Umsetzung von Daseinsvorsorge gegenüber seinen älteren Mitbürgern zeigte uns der Bürgermeister der kleinen Stadt Liebenwalde (ca. 4.250 Einwohner), der in einer dreijährigen Bauzeit für rund 6 Mio. € inmitten der Stadt drei Wohnblocks mit betreutem Wohnen errichten lässt. **Dies beweist: Wo es politischen Willen, Kreativität und Tatkraft gibt, eröffnen sich Wege, die kommunale Verantwortung für ältere Bür-**

## **ger wahrzunehmen, die in unserem Doppeldorf immerhin ein Viertel der Bevölkerung ausmachen.**

Da Petershagen/Eggersdorf zu den 30 Brandenburger Orten gehört, in denen akuter Wohnungsmangel herrscht, hätten wir sogar die Möglichkeit, Fördermittel des Landes für den kommunalen Wohnungsbau abzurufen!

Die Linke wird sich auf Landesebene und in unserer Gemeindevertretung für den kommunalen Wohnungsbau energisch einsetzen und für Projekte des altengerechten Wohnens verschiedenster Formen stark machen.

Klaus Körner, MdL

## **Wussten Sie schon, dass ...**

- von den 49 Brandenburger Gemeinden im näheren Verflechtungsraum um Berlin herum (hierzu zählt auch unser Doppeldorf), nur drei Gemeinden keine Baumschutzsatzung haben?
- von 2009 bis 2012 von den Grundstückseigentümern oder -nutzern in unserer Gemeinde Anträge zur Fällung von 2.468 Bäumen gestellt wurden?
- von diesen Anträgen 80,75% genehmigt wurden?
- in den genehmigten Anträgen durchschnittlich jährlich rund 502 Bäume zur Fällung oder/und zum großflächigen Rückschnitt enthalten waren?
- z.B. im Jahr 2010 nur rund 62% von den Antragstellern wieder Bäume auf ihren Grundstücken neu pflanzen wollten (alle anderen nutzen die Ausgleichszahlung)?
- die Neuanpflanzung eines Baumes auf kommunalen Grundstücken als Ersatzmaßnahme bei Nichtanpflanzung auf dem eigenen Grundstück, inklusive einer zweijährigen Pflege, derzeit 250 € kostet?
- **jeder** Einwohner unserer Gemeinde für jeden Baum, der zum Ersatz für Fällungen durch die Gemeinde gepflanzt wird, 80 € aus dem Gemeindehaushalt hinzu bezahlen muss? Die vom Antragsteller der Fällung zu bezahlenden 170 € (Ersatzzahlung statt Ersatzpflanzung) reichen schon seit 2012 nicht mehr zur Deckung der Kosten.

**Machen Sie sich nun selbst ein Bild, welche und inwieweit Bürger und Bäume von einer Baumschutzsatzung der Gemeinde betroffen sind.**

Thomas Petrick

ac erscheint ohne feste Reihenfolge.  
Für unverlangt eingesandte Beiträge wird keine Haftung übernommen. Der Herausgeber behält sich Veröffentlichungen, ggf. in sinnwahren Auszügen vor.



Hinweise und Informationen richten Sie bitte an:

Thomas Kraatz	Wolfgang Zielke
Elbestr. 5	Bötzeestr. 120 b
15370 Petershagen	15345 Eggersdorf